

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

15.1.1863 (No. 12)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 15. Januar.

N. 12.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

**Berlin, 14. Jan.** Der Ministerpräsident, Hr. v. Bismarck, hat heute den Landtag mit einer Rede eröffnet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Die Regierung begrüßt den Landtag mit dem lebhaftesten Wunsch, über die im vorigen Jahre ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Das Ziel werde erreicht werden, wenn in der Auffassung der Stellung der Landesvertretung unsere Verfassung als gegebene Grundlage festgehalten wird und die gesetzgebenden Gewalten hinsichtlich ihrer verfassungsmäßigen Rechte in der Förderung der Macht und Wohlfahrt des Vaterlandes die gemeinsame Aufgabe finden.

Die Finanzlage darf als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Staatseinnahmen des Vorjahres haben bei den meisten Verwaltungszweigen den Voranschlag ansehnlich überfliegen, und werden die Mittel bieten, die Staatsausgaben des Vorjahres, einschließlich aller außerordentlichen Bedürfnisse, zu decken. Das im Entwurfe des Staatshaushalts-Etats für 1862 veranschlagte Defizit wird daher nicht eintreten.

In Ermangelung eines gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats für 1862 hat die Regierung in erhöhtem Maße ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Verwaltung sparsam zu führen; sie durfte jedoch nicht unterlassen, alle zur ordnungsmäßigen Fortführung der Verwaltung und zur Förderung der bestehenden Staatseinrichtung, sowie der Landeswohlthat notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Nach dem Rechnungsabschluss wird die Regierung die Vorlage über den Staatshaushalt des Vorjahres einbringen und nachträglich die Genehmigung beider Häuser des Landtags zu den geleisteten Ausgaben beantragen.

Der Staatshaushalt für 1863 wird erneut vorgelegt. Ansätze desselben sind nach den inzwischen gemachten Erfahrungen anderweitig geprüft und in einzelnen Positionen dem Verhältnis entsprechend berichtigt worden. In Folge dessen konnte das Defizit des früheren Etatsentwurfs vermindert werden. Die Hoffnung ist wohl begründet, dieses Defizit werde seine vollständige Ausgleiche finden.

Den Staatshaushalt-Etat für 1864 wird die Staatsregierung alsbald zur Berathung vorlegen.

Die Regierung wird einen Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. Sept. 1814 vorlegen. Sie hofft, daß die Reorganisation des Heeres, zu deren Aufrechterhaltung die Regierung sich im Interesse der Machtstellung Preußens einmütig verpflichtet erachtet, auch durch die gesetzliche Feststellung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Ausgaben nunmehr ihren vollständigen Abschluß gewinnen werde.

Die Thronrede erwähnt nun die Vorlagen in Betreff der bevorstehenden Jubelfeier und der Marineverwaltung.

Gewerbfleiß und Handel müssen zwar noch der Vortheile der Handelsverträge mit Frankreich entbehren; die Regierung ist jedoch fest entschlossen, daß diese Vortheile nicht über den Zeitpunkt hinaus vorenthalten bleiben sollen, wo die Verpflichtungen lösbar werden, die gegenwärtig noch der Ausführung jener Verträge entgegenstehen.

Die Regierung hofft Vorlagen wegen neuer Eisen-

bahnen machen zu können und verheißt Gesetzentwürfe zur Ergänzung der deutschen Wechselordnung und über die Gerichtsbarkeit der Konsuln. Die Vorberathungen über die Gutachten der Provinzialstände lassen noch nicht übersehen, ob ein Gesetzentwurf über die Kreisordnung bald werde vorgelegt werden können.

Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind im Allgemeinen befriedigend. Den Bemühungen der Regierung ist es gelungen, ihre Politik in Kurhessen zur Geltung zu bringen und dem Kurfürstenthum Ausichten auf eine geordnete Entwicklung seines Verfassungslebens zu gewähren, welche auch durch die neuesten Kasseler Vorgänge nur vorübergehend getrübt werden können.

Die von deutschen Bundesregierungen bei dem Bundestage gestellten Anträge haben weniger durch ihren Inhalt, als durch die auf sie angewandte Auslegung der Bundesverträge eine prinzipielle Bedeutung für die Stellung Preußens zum Bundestage erlangt. Die Regierung ist auch ihrerseits von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Bundesverträge, wie sie 1815 geschlossen worden, den veränderten Zeitverhältnissen nicht entsprechen. Vor Allem aber ist sie sich der Pflicht der gewissenhaften Beobachtung der bestehenden Verträge bewußt, und ist entschlossen, die volle Gegenseitigkeit in Erfüllung dieser Pflicht als Vorbedingung des Fortbestandes solcher Verträge zu behandeln.

Die Regierung wird von dem ernstesten Bestreben geleitet, ein einmütiges Zusammenwirken mit beiden Häusern des Landtags zu erreichen.

**Wien, 13. Jan. (W. K. B.)** Die „Generalkorrespondenz“ hält fest gegenüber der Behauptung des französischen Gelbuches, der Handelsvertrag werde im Zollverein lediglich aus handelspolitischen und ökonomischen Gründen bekämpft.

**Neu-York, 3. Jan. (W. K. B.)** Eine Proklamation Lincoln's erklärt alle Sklaven von Arkansas, Texas, Mississippi, Alabama, Florida, Georgia, Karolina, einen Theil von Louisiana und Virginia frei; befiehlt den Behörden der Union Anerkennung, und den Sklaven Enthaltung von Gewaltthätigkeit.

Am 2. Jan. fand eine große Schlacht bei Murfreesboro (Tennessee) statt. Die Unionisten durchbrachen das feindliche Zentrum und blieben siegreich. Ungeheure Verluste. Ein unionistischer Angriff auf Vicksburg wurde dagegen mit großem Verluste zurückgeschlagen.

**Neu-York, 3. Jan., Abends.** Die Schlacht bei Murfreesboro (Tennessee) hat sich erneuert, nachdem beide kämpfende Theile beträchtliche Verstärkungen an sich gezogen hatten.

**Konstantinopel, 12. Jan.** Mustapha Pascha ist an Stelle von Nevrès zum Finanzminister ernannt worden. Fuad Pascha wurde zum Präsidenten des großen Rathes ernannt und zu gleicher Zeit mit der wirklichen Leitung der Finanzen beauftragt.

**Konstantinopel, 12. Jan.** Nachrichten aus Teheran vom 11. Dez. widerlegen die Nachricht von der Einnahme Herats durch Dost Mohammed; beim Abgang der letzten Briefe leistete die Stadt noch immer Widerstand.

**Alexandria, 13. Jan.** Der Vizekönig hat Frankreich 500 Negersoldaten gestellt. Dieselben

haben sich auf einem französischen Kriegsschiff eingeschifft und sind nach Mexiko bestimmt.

## 2. Zum Handelsvertrag.

Am 3. Jan. hat in Stuttgart unter dem Vorsitz A. Seeger's die längst angekündigte Versammlung in der Handelsvertrags-Angelegenheit stattgefunden. Durften wir schon aus dem Umstand, daß die Einladung dazu von Freunden des Vertrags ausgegangen war, auf einen Umschwung der öffentlichen Meinung in Württemberg schließen, so hat das Ergebnis der Verhandlungen diese Ansicht durchaus bestätigt. Die Vorschläge des Komitee's, ihrem wesentlichen Inhalt nach dahin gehend, die Versammlung möge sich in Anbetracht der Gefahr, welche dem Fortbestand des Zollvereins andernfalls drohe, trotz einiger unlösbarer Mängel des Vertrags für Annahme desselben aussprechen, wurden ohne erheblichen Widerspruch genehmigt.

Wir sehen in diesem Beschluß den bedeutendsten Erfolg seit dem Münchener Handelstag. Württemberg war der Herd und Mittelpunkt der Opposition, das Lager der verbissenen Schutzjöllner. Hier besiegte, werden sie sich in Bayern auf die Dauer nicht behaupten können. In mancherlei Anzeichen, daß sich auch dort eine Wendung der Dinge vorbereitet, fehlt es nicht. Wir erinnern nur an die Petition der Allgäuer um Annahme des Handelsvertrags.

Die Gegner freilich bestreiten, daß die Versammlung in Stuttgart die öffentliche Meinung des Landes vertreten habe; sie behaupten, es sei dort nur eine Parteiensicht zur Geltung gekommen; natürlich keine andere als die des Nationalvereins. Ihre Argumentation erscheint uns indessen ziemlich unglücklich. Wenn aus der Behauptung, das Komitee habe gar nicht gewagt, ein anderes Motiv für seine Vorschläge anzuführen, als die Nothwendigkeit, den Zollverein zu erhalten, der Schluß gezogen wird: folglich handelte es sich in Stuttgart lediglich um eine Parteiversammlung, so wird Jedermann weit mehr die Kühnheit als die Logik dieser Ausführung bewundern. Offenbar folgt gerade das Gegentheil daraus. Der Umstand, daß alle Politik vermieden wurde, zeigt in der That deutlich genug, daß in Stuttgart alle Parteien vertreten waren, vereinigt durch ein großes gemeinsames Interesse. Und wenn es weiter heißt, den Gegnern des Vertrags wäre es ein Leichtes gewesen, die Beschlüsse der Versammlung zu hintertreiben, bezw. ganz entgegengelehrt zu Stande zu bringen — wenn sie sich nur hätten betheiligen wollen, so liegt darin ein sehr naives Zugeständnis der eigenen Schwäche. Oder sollten die Jünger des Hrn. v. Kerstorff wirklich indolent oder einsichtlos genug sein, ihren Widersachern in ihrem eigenen Lager einen Triumph zu gönnen, den sie verhindern könnten?

Nichts berechtigt uns, so gering von diesen Herren zu denken, die bei jeder Gelegenheit Beweise von Kühnheit und Entschlossenheit geben, um die ihre Gegner sie nicht selten beneiden müssen.

Die Wahrheit ist, die entschiedenen Feinde des Vertrags sind in der Minderheit; dagegen mag die Zahl Derer noch ziemlich groß sein, die zwischen beiden Meinungen schwanken und bezweigen alle Gelegenheiten meiden, wo sie genöthigt sind, Farbe zu bekennen. Auf diese aber muß eine so entschiedene rückhaltlose Kundgebung, wie die Beschlüsse der

## \* Kg. Im Oregon.

(Fortsetzung aus Nr. 10.)

„Einen genaueren oder in's Einzelne gehenden Bericht von dem, was nun folgte, darfst Du von mir nicht erwarten. Ich erinnere mich nur, wie aus einem wüsten schweren Traum, fürchterlicher bemalter Gesichter, geschwungener Waffen, Schilde, Speere und Streitärte — tropfender und steigender Kasse, schwirrender Peise, zischender Kugeln; erinnere mich des grünen Gesichtes der Indianer, wieder und wieder mit jedem neuen Angriff erschallend, und von mir eines Gefühls wie einer getäuschten Erwartung, daß dieses schauerhafte Schlachtgeräusch nicht noch schauerhafter sei, da es meine Reugier schon von Kleinem auf ganz besonders beizählig hatte; auch im Gedächtniß sind mir die Flüche und anseuernden Zurufe unserer Männer, das Kreischen und Beten unserer Frauen, der Staub, Rauch, die Blitze und Salven, und daß wir uns müchtig wehrten und immer wieder das heulende bemalte Gesindel abtrieben.

Wir schlugen sie also, vorderhand wenigstens. Sieben grimme Leiber, mit Farbe und Kohlenstaub beschmiert, lagen stark auf der Prairie, und fünf verwundete Pferde wälzten sich im Todeskampf über, ehe die rothen Räuber zurückwichen. Auf unserer Seite hatten wir viele leichte Wunden, aber nur ein Todes. Ein armes Kind, ein blondhaariges deutsches Mädchen, war durch den Hals von einem Pfeil getroffen worden, der durch die Blase des Wagens drang, auf dem es zitternd neben seiner Mutter lag. Die Wunde würde tödtlich gewesen sein, selbst wenn wundärztliche Hilfe bei der Hand gewesen wäre; das arme Ding verblutete sich, während seine Eltern fast von Sinnen alle Anwesenden ansahen, es zu retten.

Die Indianer waren mit uns noch nicht fertig. Die Geier, gierig nach Beute, schwärmten sie herum. Gewarnt durch ihren Verlust, versuchten sie nicht zum zweiten Mal unser Lager zu stürmen, setzten uns aber mit endlosen Kriegeslügen und plötzlichen Ver-

unruhigungen ab, während sie das Fortschreiten der Hungersnoth abwarteten, die uns zur Uebergabe zwingen sollte. Wir mußten um das Wasser des kleinen Flußes fechten, und es kostete uns zwei Leben, ehe wir Herren des tiefen unbüchtigen Baches blieben, an dem wir Halt gemacht hatten. Wir hielten Nachts feisigste Wache, und unaussprechlich ward unser fieberhafter Schummer vom Kriegsgeräusch unterbrochen. Mehrere waren von den Pfeilen, die tagtäglich auf uns hagelten, schlimm verwundet; am ärgsten aber setzten uns der Hunger zu.

Unsere knappen Lebensmittel gingen auf die Neige. Die Kinder schrien um Nahrung, doch selbst ihnen mußte auf das Allernothdürftigste abgedrungen werden, und Männer und Frauen wurden blaß, hager, hochläufig — ein wahres Geister-Lager zuletzt. Aber fort und fort legten die erbarmungslosen Wilden, diese wüßischen Dränger, nach unserm Blut und unserm Raub. Sie litten keinen Mangel. Sie jagten und brachten Wild die Fülle heim, und zeigten uns wohl höhnend Wildbräutchen und wilde Puter, auf die Spitzen ihrer Lanzen gesteckt, und strichen dann mit grimmen Gebärden mit dem Scalpirmesser um das ausgelegene Haar. Sie waren kurz und dick, fast zwerghaft von Gestalt im Vergleich mit den schlankeren Völkern des Ostens; an Stärke oder Kühnheit zeigten aber diese verwünschten Schlangen keinen Mangel; und was uns Schreckliches bevorstand, wenn wir lebendig in ihre Hände fielen, wußten wir nur zu gut.

Es wurde als einzige letzte Rettungsmöglichkeit ausgemacht, daß zwei Boten die noch vorhandenen zwei Pferde bestiegen und fort Völke zu erreichen und Hilfe von dort zu erlangen suchen sollten. Es war ein verzweifelter Dienst, denn die berittlenen Indianer schwärmten und lauerten am Weg, während der Völkhaber der kleinen Feste und seine besthafteste Besatzung raschen Weilsand zu leisten wenig angethan schienen. Es war aber doch eine Möglichkeit, und eine nicht zu verachtende Möglichkeit. Unsere Lebensmittel waren alle aufgezehrt; unser Pulver nahezu verschossen; keine Hoffnung sonst. Die Boten mußten notwendig gute Reiter sein; mußten notwendig auch nicht schwer

sein; die einzigen guten Reiter, außer dem Reden Simon Davis, waren denn ich und Tripolemus Ruffins, ein kleiner verkümmelter Yankee Rennknecht, der manches Wettrennen im Norden mitgemacht und sich in den Kopf gesetzt hatte, sein Glück in Columbia zu machen. Es wurde also bestimmt, Trip Ruffins, als der Leichteste, sollte den schredigen Wüstang und ich den Rappen reiten.

„Da zupfte mich Davis leise am Aermel — und mit einer an ihm ganz ungewohnten Art, schüchtern und stotternd, sprach er mich an: „Breitscher, mit uns Schuppen“) ist's aus. Kam' ihr auch heil durch, so träf' uns die Hilfe schwerlich lebendig. Noch zwanzig Schüsse, nicht einen mehr, so wahr ich ein armer Sünder bin! Nach mir frag' ich nicht überviel. Die Indianer werden meine alten Knochen hart abzunagen finden. Aber die Weiber — nu! 's wird bald vorbei sein. . . . . Seht nun, Herr, da mein kleiner Laß — das Kind — um den sorg' ich — und wegen seiner Haut' ich eben um eine Gefälligkeit zu bitten. Wolltet Ihr ihn mitnehmen? Er wird Euch etwas hinderlich sein, weiß ich wohl; aber er ist wacker für so einen kleinen Kumpan von sechs Jahren; er wird fest halten und nimmer greinen. Wiegen thut er ganz wenig; aber wenn Ihr zu sechten habt, so wird der Laß, ich sag' es offen, Euch hinderlich sein. Nettet ihn aber doch, und des alten Simon Davis' allerletztes Wort soll ein Gott seg'n Euch und Iohn's Euch sein, Fremder!“

„Dem Vater standen die Thränen in den kühnen Augen, und die Stimme zitterte ihm auf eine, ihrem sonst so mannhaften Ton ganz fremde, Art. Doch was er fürchtete, fürchtete er nicht für sich, einzig und allein für das Kind; sich hatte er ganz vergessen. Ich drückte ihm kräftig die segnende Hand.“ (Fortsetzung folgt.)

\*) Der Schupp- oder Waschbär — ein vielgeplagtes und vielgejagtes Wild in Amerika. D. Einl.



Stuttgarter Versammlung, naturgemäß bestimmend einwirken. Wir dürfen daher der Erwartung Raum geben, bald von weiterer Ausbreitung der Bewegung für den Handelsvertrag zu hören.

### Aus dem französischen Gelbbuche.

#### I.

**Paris, 13. Jan.** Die Regierung hat dem Gesetzgeb. Körper eine Uebersicht über die Entwicklungen der auswärtigen Politik, sowie eine Anzahl bezüglicher Aktenstücke vorgelegt. Wir theilen daraus einiges Wichtigere auszugsweise mit.

#### Italien.

Italien ist einer der Hauptgegenstände unserer Fürsorge, und das Interesse, welches uns dasselbe einflößt, hat nicht nachgelassen.

Es war der italienischen Regierung daran gelegen, mit den großen Mächten, welche den hohen Rath Europas bilden, in regelmäßige Beziehungen zu treten. Unglücklicher Weise war die Vereinigung Süditaliens mit den Nordprovinzen außerhalb der gewöhnlichen Regeln des Völkerrechts vollzogen worden, und mehrere Mächte, u. A. Rußland und Preußen, hielten es nicht für möglich, das neue Königreich anzuerkennen, ohne von den leitenden Grundsätzen ihrer Politik abzuweichen. Wir hatten bei diesen zwei Mächten die Gründe, welche uns selber zu dieser Anerkennung bestimmt hatten, geltend gemacht. Indem dieselbe dem Turiner Kabinete eine neue moralische Kraft nach außen wie nach innen verlieh, sollte sie ihm nach unserer Ansicht die Mittel verschaffen, unbedenklichen Abdrängen zu widerstehen, und sich mehr und mehr vom Einfluß der extremen Parteien zu befreien.

Wir haben alle Umstände benutzt, die uns gestatteten, uns in diesem Sinne zu Berlin wie zu Petersburg auszusprechen. Rußland fand sich zu der Erklärung bewogen, daß es hauptsächlich von dem Wunsch geleitet sei, sich in den Angelegenheiten der Halbinsel unserer Politik zu nähern, und ersuchte uns, die Eröffnungen zu vermitteln, welche es für zweckmäßig erachtet hatte, dem Turiner Kabinete zu machen, ehe es einen bestimmten Entschluß faßte. Wir waren so glücklich, die italienische Regierung zu Erklärungen zu veranlassen, welche das Petersburger Kabinete als befriedigend ansehe. Der russische Hof hat also, ebenso wie Frankreich, Viktor Emanuel unter seinem neuen Titel anerkannt, und Preußen nahm keinen weiteren Anstand, einen ähnlichen Beschluß zu fassen.

Italien steht heute in regelmäßigen Beziehungen zu vier Großmächten, und wenn Oesterreich in dieser Beziehung in einer Ausnahmehaltung verharret, so haben wir fortwährend und bei jeder Gelegenheit von dem Wiener Kabinete alle Zusicherungen erhalten, die man von seiner Mäßigkeit und Weisheit erwarten kann.

Die Regierung des Kaisers weiß, daß man für die Halbinsel eine definitive Organisation und einen dauernden Frieden so lange nicht erwarten darf, als die Uneinigkeit zwischen dem Papst und Italien fortbesteht, und sie verkennt die Verantwortung nicht, welche durch diesen Antagonismus in die Gemüther gekommen ist. Sr. Maj. selbst hat in einem zur Deffentlichkeit gelangten Aktenstück die Gefahren einer so abnormen Lage dargelegt, indem er gleichzeitig die Nothwendigkeit für beide Parteien, ihrer Differenz ein Ende zu machen, und die Elemente einer zwischen ihnen hezustellenden Uebereinstimmung angab. Der Widerstand der einen und die Anforderungen der andern haben mehr denn einmal bezeugt, wie sehr den Gemüthern noch die notwendige Ruhe abgeht, um in billiger Weise die Bedingungen einer Annäherung aufzustellen. Da jedoch der Kaiser wünschte, daß seine Regierung fernerhin ein gleiches Verhalten beobachte, so hielt er es für vorthellhaft, Männer heranzuziehen, die den früheren Diskussionen fremd und deshalb mehr in der Lage seien, nach den Andeutungen des Kais. Briefes vom 28. Mai das in ihm vorgezeichnete Werk der Versöhnung wieder aufzunehmen. Die Absichten Sr. Maj. wurden in Italien gebührend gewürdigt, und wir konstatiren mit Genugthuung die relative Ruhe, welche in der Halbinsel auf die Agitationen, denen die römische Frage zum Vorwand diente, gefolgt ist.

Während das neue italienische Ministerium anzeigt, es werde der innern Verwaltung seine Sorgfalt widmen, und nach den Worten seines Programmes, sich der Versprechungen enthalte, die ohne Erfüllung bleiben müßten, weigert sich auf der andern Seite die päpstliche Regierung nicht, das Zeitgemäße der Verbesserungen anzuerkennen, die wir ihm in seiner innern Verwaltung einzuführen unablässig angethan hatten. Wir haben die Zusicherung der wohlwollenden Absichten des heil. Vaters empfangen, und wir haben Grund zur Annahme, daß nützliche administrative und gerichtliche Reformen demnächst den unter der päpstl. Souveränität zurückgebliebenen Provinzen verliehen werden sollen.

#### Vereinigte Staaten.

Die Darlegung enthält eine kurze Schilderung der Sachlage in den nordamerikanischen Staaten und der traurigen Rückwirkung, die sie auf die industriellen Verhältnisse Europas ausübt, spricht sich außerdem über die Zweckmäßigkeit eines vermittelnden Auftritts und über die von England und Rußland erfolgte Ablehnung des darauf bezüglichen französischen Vorschlags aus.

Wir haben — wird beigelegt — diese Ablehnung sehr bedauert, haben aber nichtobwohlwollender das Bewußtsein, einer Pflicht der Menschlichkeit und der guten Politik gefolgt zu haben. Wir sind überzeugt, daß unser in kollektiver Form vorgebrachter Vorschlag zum Einstellen eines unnützen Blutvergießens hätte beitragen und den Zeitpunkt einer Wiederversöhnung beschleunigen können, dessen nähere Bestimmungen wir außerdem dem freien Ermessen der kriegführenden Theile anheimgegeben hatten.

Offenbar ist heute für uns keine Veranlassung geboten, vereinzelt die Initiative eines Planes wieder aufzunehmen, der nach unserer ursprünglichen Idee unter Mitwirkung unserer Allirten ausgeführt werden sollte; wir wollten jedoch in Washington zu wissen thun lassen, daß wir, wenn man uns den Wunsch ausdrücken würde, bereit seien, allein oder im Verein mit Andern, in irgend einer uns angebotenen Form, das Friedenswerk, zu dem wir Großbritannien und Rußland zuziehen wollten, zu erleichtern.

#### Mexiko.

Die Regierung des Kaisers fand in der letzten Session Gelegenheit, sich über die Meinungsverschiedenheit, welche Spanien und England zur Trennung von Frankreich veranlaßt hatte, auszusprechen. Ueber alle diese Punkte hält die Regierung des Kaisers ihre Ansicht, wie sie durch das Organ ihres Ministers vor dem Senat und dem Gesetze, Körper dargestellt wurde, aufrecht, und stützt sich dabei auf die diplomatischen Aktenstücke. Für den Augenblick genügt es nun, daran zu erinnern, daß der Rückzug unserer Allirten die Abfindung bedeutender Verstärkungen

notwendig gemacht hat, da wir fortan allein eine von dreien begonnene Expedition weiter zu führen hatten. Das Warten auf diese Verstärkungen müßte unvermeidlich unsere Operationen verzögern; aber alle von Frankreich abgezogene Truppen befinden sich gegenwärtig bei dem Expeditionskorps.

Die mexikanische Frage ist nun auch in eine ganz militärische Phase eingetreten, deren Ausgang abgewartet werden muß. Die Regierung wird sich also auf den Ausdruck ihres Vertrauens beschränken, daß die Expedition bald und glorieich für unsere Fahnen ausgehen wird, und daß der Augenblick nicht fern ist, wo der Erfolg unserer Waffen den Interressen, die uns nach Mexiko geführt, so lange schon geforderte, dauerhafte Garantien verschaffen wird.

#### Handelsangelegenheit.

Wir entnehmen diesem Kapitel zunächst folgende Stelle: „Der Regierung des Kaisers ist es während des verfloffenen Jahres gelungen, in Europa neue und werthvolle Zusicherungen zu der liberalen Politik zu gewinnen, welche unsere Handelsverträge mit England und Belgien eingeweiht haben, und welche, obgleich noch jung, bereits die Autorität einer Ueberlieferung besitzen. Mit Preußen ist für den gesammten Zollverein ein wichtiger Handelsvertrag abgeschlossen worden. Es ist uns gleichfalls gelungen, uns mit Italien auf der Grundlage des neuen konventionellen Regimes, welches die politische Veränderung der Halbinsel notwendig gemacht hat, zu einigen, und die Unterzeichnung des Vertrags, welche dies befähigt, kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.“

In den Zollvereins-Staaten wird die Bewegung zu Gunsten der Handelsverbindung mit Frankreich immer entschiedener. Da die abschlägige Antwort eines einzigen Mitgliedes des Zollvereins im besten genügt, um die Ausführung des im Namen aller verhandelten Vertrages zu verhindern, so hat sich die preussische Regierung in die Nothwendigkeit verlegt, welche die bestehenden Kabinete aufzuheben, zwischen der Ratifikation des Vertrags vom 2. Aug. oder der Auflösung des Zollvereins am 1. Jan. 1866 zu wählen. Die französische Regierung müßte diesem innern Streite fremd bleiben; aber obgleich sie sich von jeder Intervention fern hält, trug sie Sorge, daß ihre Sprache keinen Zweifel an ihrem festen Willen übrig lasse, das Ganze der mit Preußen eingegangenen stipulation aufrecht zu erhalten.

Die Schwierigkeiten, auf welche die Ratifikation des Zollvereins-Vertrages stößt, haben bedauerlicherweise zur Folge, die Ordnung unserer Handelsbeziehungen zu gefährden, an den Zollverein grenzenden Ländern, wie die Hansestädte und die Schweiz, aufzuziehen. Frankreich hat ursprünglich die Eröffnung der Unterhandlungen mit diesen Mächten von der Ausführung des Handelsvertrages abhängig gemacht; aber jetzt hat es kein Bedenken mehr und hat in Bern und Hamburg wissen lassen, daß es zur Eröffnung der Konferenzen bereit sei.

Holland hat gleichfalls Vorschläge gemacht. Frankreich erkennt an, daß der Vertrag vom 15. Juli 1840 ungenügend sei; und wenn der Vertrag auch noch durch keinen andern mit reineren Ideen ersetzt ist, welche Holland die Ehre hatte, vor den meisten europäischen Staaten auszuführen, so kommt es daher, daß sein Verzichtswort zwischen den Unterhändlern beider Länder Verschiedenheiten der Ansichten hat entstehen lassen, die ohne Zweifel verschwinden werden, sobald die Generalstaaten das Reformprojekt das man ihnen vorgelegt hat, angenommen haben werden.“

#### Deutschland.

**Von der Ulmer Alb, 12. Jan. (Sph. M.)** Am gefrigen Sonntag wurde in Hofstett-Emmudach, D.A. Geislingen, eine Versammlung gehalten, um eine Petition der Landwirthe für den französischen Handelsvertrag vorzubereiten. Es hatten sich gegen 200 Bauern des Geislinger und Ulmer Landes eingefunden. Die Versammlung wurde von Hr. Knauth aus Geislingen begrüßt und Schultheiß Hagenmayer aus Waldhausen zum Vorsitzenden erwählt. Es sprach Guts-pächter Behringer vom Christophshof, Dr. Knauth u. A. Die Stimmung der Versammlung war für den Handelsvertrag. Schließlich stimmte die Versammlung dem gemachten Vorschlage bei: am nächsten Samstag in Geislingen (am Schranntag dafelbst) eine größere Versammlung zu halten, um noch mehr Unterschriften zu erhalten.

**Wiesbaden, 12. Jan. (Fritz. Post-Ztg.)** In der Versammlung, welche gestern Nachmittag Mitglieder und Freunde des Nationalvereins in St. Goarshausen unter dem Vorsitz des Prokurators Freudenberg hielten, wurden folgende Resolutionen angenommen:

1) In Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Generalversammlung des Nationalvereins zu Koburg erklärt die Versammlung es für die Aufgabe der nationalen Partei, mit ganzer Kraft für die Durchführung der Reichsverfassung von 1849 zu wirken.

2) Die zu St. Goarshausen am Rhein versammelten Mitglieder und Freunde des Nationalvereins aus dem Herzogthum Nassau sprechen dem preussischen Abgeordnetenhaus ihre innigste Zustimmung zu dessen bisherigem unerschütterlichem Festhalten an dem verfassungsmäßigen Recht und die freudige Ueberzeugung aus, daß dasselbe auch in seiner bevorstehenden Sitzungsperiode, auf welche die Augen des ganzen Vaterlandes erwartungsvoll gerichtet sind, auf der betretenen Bahn beharren wird.

3) Daß nächstens eine größere Versammlung stattfinden möge, welche die Bildung einer nassauischen Fortschrittspartei zum Zweck habe, die die geeigneten Mittel finden solle, um daß für die nächstfolgende Landtags-Session nur solche Abgeordnete in die Kammer gewählt werden, welche vorzugsweise für die Landesverfassung von 1849 und die Reichsverfassung von 1849 thätig sein werden.

**Kassel, 12. Jan.** Man schreibt dem „Frankf. Journ.“: Unsere getrige Mittheilung über die Ministerkrisis muß dahin erläutert werden, daß Hr. v. Stiernberg die Demission zwar nicht ausdrücklich versagt, dagegen die alsbaldige Genehmigung der für die Ständeversammlung bestimmten Gesetzentwürfe als die Bedingung seines Verbleibens bezeichnet hat. Wir müssen nochmals bestimmt darauf hinweisen, daß Hr. v. Dehn-Rotfeller nur allein die Entbindung vom Ministerium des Aeußern nachgeschickt hat, und daß somit die amtliche Bekanntmachung von dessen Entlassung gleichzeitig vom Ministerium der Finanzen als „auf sein allerunterthänigstes Nachsuchen“ dem Sachverhalt nicht entspricht. Hr. v. Dehn-Rotfeller hat bisher den Standpunkt des Junipatents gegenüber dem Kurfürsten mit aller Entschiedenheit

festgehalten und sich deshalb das Mißfallen des Kurfürsten in um so höherem Grade zugezogen, als er das Ministerium gebildet hat und nach seinen Antecedentien der Kurfürst in ihm den Mann zu finden glaubte, welcher durch die Kunst der Interpretation das Junipatent zu Wasser werden lasse. Aber der Ernst der Situation hat diesmal Hr. v. Dehn-Rotfeller den richtigen unabweisbaren Standpunkt erkennen lassen, von welchem aus er auch für die Nothwendigkeit der schleunigen Wiederherstellung der guten Beziehungen zu Preußen eintrat und die Demission als Minister entgegengenommen hat. Das Ministerium hat sich für den Zutritt zum französischen Handelsvertrag entschieden; die Entscheidung des Kurfürsten hierin, sowie in der Eisenbahnfrage dürfte aber noch lange auf sich warten lassen.

**Köln, 13. Jan.** Eine namhafte Anzahl großer Industrieller, Gutsbesitzer u. s. w., überhaupt Höchstbesteuerte in den Hauptstädten des Rheinlandes, die großentheils Sr. Maj. dem König persönlich als durchaus loyal bekannt sind, hat der „Köln. Ztg.“ zufolge nachstehende Adresse an Höchstselben gerichtet:

Allerhochseligster, Großmächtigster König!  
Allergnädigster König und Herr!

Wir, Majestät, ihrem erhabenen König und Herrn, mit offenem Freimuth nahe zu treten, ist zu jeder Zeit ein theures Vorrecht der Preußen, in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes aber zugleich eine ernste Pflicht.

Wir treuegehorsamst Unterzeichnete, Eingeseffene der Provinzen Rheinland und Westphalen, fühlen uns nicht allein durch Besitz oder durch Berufs- und Lebensstellung auf's innigste verwaschen mit der Monarchie, der anzugehören unser Stolz ist, — der geschichtliche Entwicklungsgang, der durch ein bewundernswürdiges Zusammenwirken von Regentengröße und Volkskraft in diesem Staate deutschem Wesen eine zukunftreiche Stätte gegründet, der das große Ergebnis der Jahrhunderte, die Einheit von Krone und Volk, durch die Verfassung untrennbar befestigt hat — das ist es, was uns den vaterländischen Staat, die preussische Monarchie, zu dem Boden macht, in dem unser politisches Leben wurzelt, an den sich unsere theuersten nationalen Hoffnungen knüpfen, und zu dessen Verteidigung wir jedes Opfer einzusetzen bereit sind.

Aber desto mächtiger ergreift uns die Thatsache, daß dieser Boden in seinem Fundamente erschüttert ist. Das Fundament der verfassungsmäßigen Monarchie ist das Recht, und das Recht wird verletzt, wenn die Staatsverwaltung ohne die Grundlage eines verfassungsmäßig festgestellten Staatsausbaus-Gesetzes führt.

Mit Trauer sehen wir in Folge eines verhängnisvollen Konfliktes, den ein verfassungswidriger Beschluß des Herrenhauses noch schärft, den innern Frieden des Landes getrübt, die Geltung Preußens in Europa geschwächt, ja, das Ansehen des Königthums im Volke gefährdet, und unsere Befürchtung wächst bei der Wahrnehmung, daß am Throne Sr. Majestät der Gesammtheit des Volkes ein kleiner Bruchtheil mit Kundgebungen entgegentritt, die nur in dem Ausdruck der Loyalität gegen Sr. Königl. Majestät der Bestimmung des Landes entsprechen, in allem Gehorsam aber das öffentliche Rechtsbewußtsein verletzen und den Miß des Zwiespalts erweitern.

Allergnädigster König und Herr! Wir wollen die Macht der Krone in der Ausübung des ihr allein zustehenden Regierungsgewalt vor jeder Schwächung bewahren; wir betrachten dieses unantastbare, durch die Verfassung geheiligte Recht als eine Pflicht für die geistliche Entwicklung des Vaterlandes. Aber eben so unantastbar ist uns das durch die Verfassung nicht weniger geheiligte Recht des Landes, durch seine verfassungsmäßige Vertretung mitzuwirken bei der Gesetzgebung und die Staatsausgaben zu bewilligen. In der Anerkennung dieses Rechtes durch die Krone, in der weisen Ausübung desselben durch die Volksvertretung, in einem beiderseitigen, von der Rücksicht auf die Wohlfahrt des Landes getragenen Entgegenkommen erblicken wir die Quelle des staatlichen Gemeinns, auf dem die Wahrung Preußens beruht, und des freien Gehorsams, der allein die Krone wahrhaft stark macht.

Allergnädigster König und Herr! Wir verkennen nicht die weisen Absichten, welche Sr. Königl. Majestät mit einer Reform der Heres-organisation verbinden; wir wollen ein starkes Heer, das in Zeiten der Gefahr die ganze Kraft des wehrfähigen Volkes umfaßt; wir wünschen keineswegs, daß jene wichtige Anordnung zurückgenommen, sondern daß sie unter verfassungsmäßiger Mitwirkung der Landesvertretung, mittelst der vom Lande allgemein ersehnten Beschränkung der Präsenzzeit in den Grenzen ausgeführt werde, welche eine gewissenhafte Prüfung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes notwendig erscheinen läßt. Die Erwartung ist begründet, daß das Haus der Abgeordneten, nachdem dem Rechte des Landes Anerkennung geworden, zu einer Verständigung in diesem Sinne die Hand bieten wird.

Allergnädigster König und Herr! Das Land widmet Sr. Majestät die Gesinnung der treuesten Anhänglichkeit; es weiß, daß Allerhöchstdieselben das Wohl des Volkes auf ihrem Herzen tragen und die Herstellung des Friedens ersehnen. In der festen Ueberzeugung, daß es nur einen einzigen Weg zu diesem Ziele gibt, — dem Drange folgend, in einem ernstlichen Augenblick unsere Pflicht als treue Söhne des Vaterlandes und wahre Freunde des Königthums zu erfüllen, legen wir an den Stufen des Thrones die ehrlichste Bitte nieder:

„Sr. Königl. Majestät mögen geruhen, zu befehlen, daß dem Hause der Abgeordneten Vorlagen gemacht werden, welche geeignet sind, eine Vereinbarung über den Staatsausbaus-Gesetz und eine Herstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes herbeizuführen.“

In tiefster Ehrfurcht erbeten wir Sr. Königl. Majestät allerunterthänigste treuegehorsamste: (Folgen die Unterschriften.)

**Berlin, 12. Jan.** Es wird der „Köln. Ztg.“ mit größter Bestimmtheit von untrübteter Seite mitgetheilt, daß die zuerst von der „Kreuzzeitung“ gebrachte und in französischen Blättern bereits wiederholte Nachricht, Preußen sei in Unterhandlungen mit dem französischen Kabinete getreten, um von demselben Abänderungen des Handelsvertrages im Sinne der Forderungen der süddeutschen Regierungen zu erwirken, gänzlich unbegründet sei. In keinem Fall werde das preussische Kabinete darauf hinarbeiten, den Handelsvertrag in dieser Richtung abzuändern. [Nichtliches wird auch der „Allg. Ztg.“ von anscheinend offiziöser Feder geschrieben. Ueber die Stellung Frankreichs zu dem Handelsvertrag vergl. auch ob.



Darlegung aus dem gelben Buch. — In Bezug auf die Vorbereitung der hiesigen Abgeordneten erfährt man, daß sowohl Waldeck wie Twesten gegen eine Adresse sind, während andere, sonst der Waldeck'schen Richtung näher stehende Abgeordnete sich für eine Adresse erklärt haben; eine Prinzipienfrage ist die Sache also nicht. — Man schreibt der „Volks-Ztg.“ aus Aachen vom 10. Jan.: „Gestern ist dem Abgeordneten Pastor Graeser in Oberhelbrungen schriftliche Aufforderung der vorgelegten geistlichen Behörde zugegangen, entweder das Amt oder das Mandat niederzulegen.“

**Berlin, 13. Jan.** Die „Voss. Ztg.“ meldet: Das Gerücht, Hr. v. Bodelschwingh habe seine Demission begehrt, gewinnt verstärkten Bestand. Ähnliches melden andere Blätter. Die Zeidler'sche Korresp. dagegen versichert, es bestehe die vollste Einigkeit im Ministerium.

Die Verlobung der Prinzessin Alexandrine (Tochter des Prinzen Albrecht von Preußen, geb. 1. Febr. 1842) mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin soll bevorstehen.

**Wien, 11. Jan.** Die „General-Korr.“ bringt folgenden, auch von der „Wien. Ztg.“ abgedruckten offiziellen Artikel:

Es tritt mit einer gewissen Bestimmtheit die Behauptung auf, einige von den Regierungen, welche das Delegiertenprojekt am Bunde einbrachten, seien wankend geworden. Wenn damit nur gesagt werden soll, daß diese Regierungen die Verhandlung mit Preußen wünschen, so ist gar kein Grund, die Richtigkeit dieser Annahme zu bezweifeln; wir möchten dieselbe vielmehr dahin vervollständigen, daß alle in Rede stehenden acht Regierungen von dem ausdrücklichen Verlangen einer Verständigung mit Preußen befehle sind. Wir wollen hier nicht abermals wiederholen, was, wenn leider nicht systematisch auf die Beirung der öffentlichen Meinung in der deutschen Sache hingewirkt würde, gar nicht erst gesagt zu werden brauchte. Nicht etwa aus der Neigung, Preußen Belegenheiten zu bereiten, ist der Antrag der acht Regierungen hervorgegangen, sondern um der immer dringender gewordenen Befriedigung eines wohl begründeten Verlangens der Nation wenigstens mit einem ersten praktischen Schritte entgegenzukommen, sind sie mit ihrem reiflich erwogenen Projekte hervorgetreten; vielmehr haben sie sich nur aus Rücksicht auf die notorische Haltung Preußens mit einem Minus begnügen müssen. So liegt also nur in der Hand Preußens, daß aus diesem Minus ein Plus werde. Alle acht Regierungen werden sich wahrlich dazu leichter entschließen, als sie sich entschließen haben und entschließen müßten, auf das Minus des Delegiertenprojekts sich zu beschranken. Das findet sich deutlich genug in den Eröffnungen ausgesprochen, welche die acht Regierungen an Preußen wie an den Bund gelangen ließen. Das es aber in Frankfurt nicht zu einem Bruch komme, dafür ist schon hinreichend durch die inneren Bedingungen der Lage gesorgt.

### Frankreich.

**Paris, 13. Jan.** Heute um 3 Uhr fand die erste Sitzung des Gesetzgeb. Körpers statt. Graf Morin richtete an die Versammlung folgende Worte:

Meine Herren! Die Rede des Kaisers läßt mir Ihnen wenig zu sagen übrig, ja ich fürchte, diese edlen Worte durch einen Kommentar abzuschwächen.

Sie Alle waren — ich bin dessen gewiß — von den Gefühlen, welche der Souverän dem Gesetzgebenden Körper ausspricht, tief gerührt. (Lebhafte Beifall.) Die Hoffnung, welche der Kaiser in Sie legt, wird ihn nicht trüben. Sie werden während dieser Session nicht aus dem Auge verlieren, daß Ihre Haltung und Ihre Sprache einen wesentlichen Einfluß auf die Stimmungen und den Geist der Wähler ausüben werden. (Billigung.) Sie haben während dieser letzten fünf Jahre die Regierung unterstützt, wie ein vernünftiger (sensus) politischer Körper es thun soll; Sie lieben ihr eine ergebene Mitwirkung ohne Schwäche. Jeder unparteiische Geist, der die Bilanz Ihrer Rechte und Privilegien beim Beginn dieser Legislatur mit heute vergleicht wird; Jeder, der die Gesetze ausfassen wird, welche durch Ihren loyalen Einfluß abgeändert oder berichtigt wurden, ohne Reife, ohne Erschlüpfung, wird nicht umhin können, anzuerkennen, daß Ihre Rolle um so erprießlicher und nützlicher war, als sie verhältnißlich und gemäßigt gewesen (sehr gut, sehr gut!), und daß dieser Austausch von Vertrauen und Konzessionen zwischen dem Souverän und Ihnen, den beiden Gewalten zur Ehre und zum Ruhme, und allen großen Interessen des Landes zum Nutzen gereicht. Lassen Sie uns auch hoffen, daß das Land in seiner Klugheit diese Sachlage verlängern wird, welche aus der Verfassung ein unangreifbares, weil der Vervollkommnung fähiges Werk macht, und welche, indem sie die fortschreitende Einführung der Freiheit erleichtert, die Grundlagen der Kaiserl. Dynastie in unvergänglicher Weise festsetzt. (Längere Beifall.)

Außerdem wurde in der heutigen Sitzung das Budget vorgelegt, und die Abg. Ch. Caffette und Bouchon de Villiers legten ihre Mandate nieder. — Man will wissen, daß der Kredit, welchen die Regierung für die Arbeiter in Rouen u. d. d. fordert, von 12 auf 7 Millionen herabgesetzt wurde. Die Reise in das Departement der Unter-Seine hat der Kaiser, wie man versichert, aus Finanzrücksichten aufgegeben. Nach einer aufgestellten Statistik sind in 9 Departements nicht weniger als 515,000 Arbeiter beiderlei Geschlechts mit der nun gänzlich darniederliegenden Baumwollenindustrie beschäftigt. — Die französische Regierung hat die nach Europa geschickten mexikanischen Bischöfe benachrichtigen lassen, daß sie in ihre Diözesen zurückkehren und auf den Schutz der französischen Truppen zählen können. Drei dieser Bischöfe sind bereits nach Vera-Cruz abgereist. Im Uebrigen lauten, wie ich vernehme, die Berichte aus Mexiko durchaus nicht günstig. General Forey schildert in einem dieser Tage eingelaufenen Berichte die Stimmung der Bevölkerung als so feindselig, daß er vor Eintreffen weiterer Verstärkungen nicht nach Mexiko vordringen zu können glaubt. Es ist die Rede von Abwendung neuer Verstärkungen. — In der Militärschule von St. Cyr ist das Typhusfieber so bössartig ausgebrochen, daß die Schule geschlossen und die etlichen 300 Böglinge zu ihren Familien entlassen wurden; 45 waren bereits erkrankt, 3 gestorben. — Die heutige Börse war sehr flau. Rente fiel auf 69.95, Rob. auf 1125, Ital. Anl. auf 69.75. Erst gegen den Schluß gelang es, die Kurse wieder um ein Geringes zu heben.

### Amerika.

**Neu-York, 31. Dez.** (Per „Scotia.“) Die „Times“ bringt von ihrem Korrespondenten in Roche's Point folgende teleg. Nachrichten: General Banks' Expedition ist am 14. d. in Neu-Orleans angekommen. Am 16. erließ Banks eine Proklamation des Inhalts, daß er zufolge des Befehles des Präsidenten das Kommando des Golsdepartements übernommen und an General Butler's Stelle getreten sei. Eine Abtheilung seiner Truppen, unterstützt durch eine Kanonenboot-Flottille, hat Baton-Rouge, ohne Widerstand zu finden, besetzt. Banks soll mit der Expedition von Cairo zusammenwirken, um den Mississippi zu erschließen. Nach Memphis ist berichtet worden, daß eine unionistische Streitmacht den Fluß hinauf von Neu-Orleans marschirt ist, unter dem Kommando des Admirals Farragut und Port Hudson genommen hat. Die Nachrichten aus dem Südwesten sind der Sache der Union ungünstig. General Grant ist auf das nördliche Ufer des Fallahatchie zurückgegangen. Man erwartet, daß er die Eisenbahn von Memphis und Charleston bis zu Grand Junction wiederherstellen und Memphis zur Basis seiner Proviandirung machen wird. Die Südl. sind noch im Besitz der Straße zwischen Columbus und Jackson. Neu-Madrid wurde von den Unionisten am 28. geräumt und das Magazin und die Baracken zerstört. Morgan's Scharen in Kentucky haben einen Theil der Louisville- und Nashville-Eisenbahn vernichtet und Elizabeth-Town erobert und 600 Unionisten gefangen genommen. Der Unionsgeneral Herron nahm die Stadt Van Buren in Arkansas am 28., machte 100 Gefangene und eine Menge Kriegsmaterial. General von Dorn besetzte am 21. Corinth in Mississippi. Die Potomac-Armee bleibt zwischen Falmouth und Aquia. Eine Schar südl. Kavallerie unter General Stuart führte einen erfolgreichen Streifzug gegen Dumfries, Pohick Church, Occoquan und Accotink am 27. aus, zerstörte die unionistische Kavallerie, nahm 25 Wagen, und machte 40 Gefangene.

Der Präsident hat den Mitgliedern des Kabinetts zwei separate Fragen vorgelegt: 1) Ob die vorgeschlagene Akte betreffs der Zulassung von Westvirginien als besonderem Staate konstitutionell sei; 2) ob sie von Nutzen sei. Die allgemeine Ansicht ist, daß die Bill verneint werden wird. Sekretär Chase soll in die Emission von 200 Mill. Doll. Schatzscheine gewilligt haben. — Der staatl. Dampfer „Alabama“ nahm am 9. den Dampfer „Ariel“ von der kalifornischen Linie auf seiner Fahrt mit Kapitän Sartori, Major Garland und 160 Schiffsoffizieren der Unionmarine und 9500 Doll. In Betracht der vielen Weiber und Kinder unter den Reisenden ließ Kapitän Semmes das Schiff nach drei Tagen frei, statt es zu zerstören. Er ließ sich Lösegeldverhandlungen für 228,000 Doll. geben, zahlbar einen Monat nach der Anerkennung des Südbundes. Das Privateigenthum der Reisenden wurde verschont. Die Unionsoffiziere und Schiffsoffiziere wurden gegen Parole entlassen. Da er eine Wiederholung der Wegnahme auf seiner Rückfahrt fürchtete, so ließ der Kapitän des „Ariel“, Jones, seine Goldladung in Aspinwall zurück. — Der südl. Dampfer „Dreto“, mit einer Mannschaft von 100 Mann, ist mit vollständiger Ausrüstung nach Mobile entkommen. Die Seefahrerzungen in Neu-York haben in Folge dieser Vorfälle ihre Sätze um 2 Proz. erhöht. — Der föderal-kriegsdampfer „Connecticut“ ist nach Aspinwall gesendet worden, um die Goldladung zu geleiten. — In dem gestrigen Meeting der Union Democratic Association wurde die bevorstehende Emanzipationsproklamation des Präsidenten als die Konstitution umstürzend und als eine direkte Provokation eines Sklaventrieges bezeichnet. Mit Einstimmigkeit gingen Resolutionen durch, nach welchen New Jersey aufgefodert werden sollte, in dem Streben, den Krieg aufzuhalten, die Leitung zu übernehmen, indem es die loyalen Staaten auf den nächsten Februar zu einer allgemeinen Zusammenkunft in Louisville, Kentucky, einladen sollte.

**Neu-York, 31. Dez.** Ein unbefätigter Bericht meldet, General Stonewall Jackson habe Sigel's Korps in der Nähe von Staftort Court House angegriffen, sei zurückgeschlagen worden, und habe dann einen Theil von Sigel's Truppen in einen Hinterhalt gelockt und viele Gefangene gemacht. — In Neu-Orleans hat General Banks die Verkäufe von Eigenthum für Rednung der Regierung suspendirt. General Butler ist nach Washington befohlen worden. Man vermutet, daß ihm ein wichtiges Kommando im Felde anvertraut werden wird. General Hofentanz hat die Südl. nach Murfreesborough in Tennessee zurückgeschlagen. Es scheint eine Schlacht daselbst bevorzustehen. Der Guerillageneral Morgan soll in einem Scharmüchel bei Bardstown in Kentucky geschlagen worden und ostwärts marschirt sein. Die französische Korvette „Milan“, mit dem französischen Konsul an Bord, tam am 4. in Charleston an. — Das Gesetz, nach welchem die Zölle in Metall bezahlt werden müssen, wird keine Veränderung erleiden.

Die am 23. Dezbr. veröffentlichte Proklamation des Präsidenten des Südbundes, Jefferson Davis, führt in einer umfassenden Darlegung der Gründe, durch welche sie veranlaßt worden sei, als Hauptpunkte an, daß ein Bürger des Südbundes, William B. Mumford, weil er vor Besetzung der Stadt durch die Unionisten die Unionsflagge in Neu-Orleans herabgerissen habe, gesetzwidrig auf Butler's Befehl hingerichtet worden; daß die Soldaten der Vereinigten Staaten zu Gewaltthaten gegen unschuldige Bürger des Südbundes aufgefordert worden seien; daß das geklammte Eigenthum in dem westlich vom Mississippi gelegenen Theile Louisiana's auf höhern Befehl konfiszirt und versteigert worden; daß die afrikanischen Sklaven zum Aufbruch aufgefordert und eine große Zahl derselben für einen Sklaventrieg bewaffnet worden; daß die Offiziere unter Butler's Kommando eifrige Mitwirker in Ausführung dieser Verbrechen gewesen; daß endlich der Präsident der Vereinigten Staaten in öffentlichen Erklärungen den Bestrebungen, einen Sklaventrieg hervorzurufen, seine Zustimmung gegeben habe; aus diesen Gründen habe er

als Präsident des Südbundes folgende Befehle erlassen: 1) Daß General Butler als gemeiner Verbrecher der Todesstrafe verfallen sei und, falls er in die Gewalt der Südl. gerathe, unverzüglich durch den Strang hingerichtet werde; 2) daß die Offiziere der Vereinigten Staaten, wenn gefangen, nicht eher parolirt werden sollen, bis Butler seine verwirkte Strafe erlitten habe; 3) daß alle Offiziere unter Butler's Kommando nicht als im ehrl. Kriege begriffen, sondern als Räuber und Verbrecher, die den Tod verdienen, betrachtet, und wenn gefangen, zur Exekution aufbewahrt werden sollen; 4) daß die gemeinen Soldaten und Unteroffiziere in Butler's Armee als unselbständige Werkzeuge in üblicher Weise parolirt werden; 5) daß alle in Waffen gefangen genommene Negerklaven den Behörden ihrer bezhw. Staaten zur gesetzmäßigen Strafe überliefert werden; 6) daß gleicher Weise mit allen Offizieren der Vereinigten Staaten verfahren werde, die mit den aufständischen Sklaven zusammen Krieg führend betrossen werden würden.

### Baden.

**Karlsruhe, 14. Jan.** Der provisorische Vorstand der großh. Centralstelle für die Landwirtschaft eröffnete heute die Sitzung des Centralausschusses des landwirthschaftl. Vereins zur Prüfung der Wahlprotokolle mit folgenden Worten:

Die Centralstelle für die Landwirtschaft heißt die Mitglieder des Centralausschusses des landwirthschaftl. Vereins bei deren ersten Versammlung freundlich willkommen.

Wir waren eifrig bemüht, so weit es an uns lag, die neuen Statuten des landwirthschaftlichen Vereins nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrem Geiste gewissenhaft zum Vollzug zu bringen, und freuen uns, daß es möglich geworden ist, den Centralausschuss noch vor Ablauf des ersten Jahres seit Feststellung dieser Statuten einberufen zu können.

Offen und vertrauensvoll treten wir mit Ihnen zu gemeinsamer Arbeit zusammen, und bitten die verehrten Mitglieder des Centralausschusses, uns dabei mit gleicher Offenheit und gleichem Vertrauen zu unterstützen.

Das durch die neuen Statuten geschaffene Verhältnis, wonach die Vertreter eines freien Vereins mit einer Staatsstelle, welcher die zentrale Leitung jener Angelegenheiten anvertraut wurde, zur Lösung einer gemeinsamen Aufgabe organisch verbunden sind, ist ein neues.

Ein solches Verhältnis konnte nicht rüchlichlich aller Detailsfragen durch die Statuten zum voraus geregelt werden.

Die befriedigende Lösung der unentschiedenen Fragen wird aber gelingen, wenn sich die Centralstelle wie der Centralausschuss von dem Geiste leiten lassen, mit welchem Sr. Königl. Hoheit der Großherzog sein Volk glücklich regiert, — von dem Geiste, welcher jeder Kraft die freie Entwicklung innerhalb ihres eigenthümlichen Wirkungskreises gestattet, soweit nicht Recht und Ordnung dadurch beeinträchtigt sind.

Von diesem Geiste geleitet, lassen Sie uns unsere Arbeit beginnen! Unser Ziel ist das gleiche: es ist die Förderung des Wohls der landwirthschaftlichen Bevölkerung im Großherzogthum Baden.

Gottes Segen möge uns in dem Streben nach diesem Ziele begleiten!

Man ging hierauf zur Prüfung der Wahlprotokolle über, die sämtlich genehmigt wurden. Bei der Wahl im Bezirk Heidelberg wurde der Tag vor dem dazu bestimmten vorgenommen, ohne daß die Mitglieder des Bezirksvereins Philippsburg anwesend waren. Diese erklärten sich aber später mit der Wahl einverstanden.

Hr. Geh. Referendar Dieck schlägt im Namen der Centralstelle vor, auch diese Wahl nicht zu beanstanden, was von sämtlichen Anwesenden angenommen wurde.

Die nächste Versammlung wurde auf morgen früh anberaumt, für welche die Frage über die Hebung der Pferdezahl auf die Tagesordnung gesetzt ist.

**Mannheim, 13. Jan.** Der Antritt des Ausschusses des deutschen Sängerbundes zur Sammlung von Beiträgen für Errichtung eines Uhl. Denkmal's wurde auch hier nicht unbeachtet gelassen. Unsere Gesangsvereine stets bereit, wo es gilt, vaterländische Zwecke zu fördern und vaterländischen Gefühlen Ausdruck zu geben, werden am künftigen Dienstag den 20. d. im großen Konzertsale des Hoftheaters eine Gedächtnisfeier für den heimgegangenen deutschen Sänger veranstalten, deren Ertrag dem Komitee für Errichtung des Denkmals zufließen soll. Hr. Hoftheater-Regisseur Dr. Wolff wird dabei die Festrede halten.

**Mannheim, 13. Jan.** Nach einer heute erschienenen Bekanntmachung des Börsenvorstandes wird der erste Börsentag am 26. Jan. (im Lokale des Café Pflücker von Vormittags 11 bis 1 Uhr) stattfinden. „Das Gelingen des neuen Unternehmens — sagt der Vorstand — hängt einzig und allein von der Theilnahme ab, welche ihm der Handelsstand widmet, und vom zahlreichen und lebhaften Besuch der Börse.“ Dieses ist allerdings richtig, und es ist zu wünschen, daß die Erwartungen, welchen man sich bezüglich des zutragenden neuen Instituts hingibt, in Erfüllung gehen.

### Vermischte Nachrichten.

**Kassel, 12. Jan.** Man schreibt dem „Zfr. Journ.“: Die gestern in der hiesigen Garnisonkirche von Pfarrer Reiman gehalten Predigt war ein würdiges Seitenstück, vielleicht eine neue Auflage seiner famösen Landtagspredigt; sie war, wie jene, voll der glühendsten Ausfälle auf die Landhände, dieselben sogar des Meineids zeichnend. Sicherem Vernehmen nach haben die Landhände gegen diese Art pietistischer Andachtserweckung Schritte gelhan zur Bekrafung einer solchen Schmähung an geweihter Stätte.

**Koburg, 5. Jan.** Die Beiträge für die deutsche Flotte belaufen sich gegenwärtig wieder auf die Summe von 95,661 fl. 8 kr.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 15. Jan. 1. Quartal. 8. Abonnementsvorstellung. Die Hochzeit des Figaro; Oper in 2 Akten, von Mozart.

Freitag 16. Jan. 1. Quartal. 9. Abonnementsvorstellung. Der Majoratserbe; Lustspiel in 4 Akten, von der Verfasserin von „Lüge und Wahrheit“. Hierauf, zum ersten Male: Mylord Cartouche; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion. „Paul von Scharfeneck“ — Hr. Otto Devrient als Debut.



